

Jürgen Rüttgers

Transformationen

Wie sich Deutschland ändern muss,
um die Zukunft erfolgreich zu meistern

HERDER 
FREIBURG · BASEL · WIEN



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2023

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Satz: ZeroSoft, Timișoara
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN: 978-3-451-39646-5
ISBN E-Book: 978-3-451-83149-2

Inhalt

Vorwort	9
1. Transformationen – ein Überblick	13
Bedrohte Freiheit	13
Klimakrise, grenzenlos.....	16
Die Zeitenwende hat sich angekündigt	17
Die deutsche Einheit.....	19
Entgrenzungen unseres Lebens	21
Die Entfremdung von Politik	22
2. Globalisierung als System-Wettbewerb	25
Die erschütterte Weltfinanzordnung	25
Kampf um die Wirtschaftsordnung – auch in der CDU ..	27
Bei der SPD: Agenda 2010 und Hartz IV	29
Die „Groko“ – und was von Merkels Reformfreude blieb ..	30
Marktwirtschaft gegen Staatswirtschaft	32
Mazzucatos Staatswirtschaft – und was dagegen spricht.	34
Globalisierung: Der Wandel zur Industrie 4.0	42
Technologische Innovation und inklusives Wachstum in Deutschland	44
Die Wiederentdeckung der sozialen Marktwirtschaft.	48
3. Ohne schädliche Klimagase – geht das?	51
Klimawandel oder Klimakatastrophe – wo bleibt ein Gesamtkonzept?	51

Der größte Klimaerfolg: der Ausstieg aus der Steinkohle	58
Trotz Kohleausstieg: Wo bleibt die Strategie?	62
Realpolitik schützt vor Ökodiktatur	65
Nur Verzicht sichert Überleben?	71
Das Geschäftsmodell Deutschland im europäischen Energiemarkt	72
Dringend nötig: die wasserstoffbasierte Energieunion	75
Europa braucht eine Energieunion!	77
Next Generation Solutions: Ohne die Forschung der Industrie keine Wende.	84
4. Digitalisierung und künstliche Intelligenz	91
Überwältigen Informationen die Weisheit?	91
Wie umgehen mit der Online-Welt?	94
Das Ziel: technologische Souveränität	98
Das langsame 200-Milliarden-Paket	101
Multimediale Dienste sind ohne Wertefundament erfolglos	104
5. Die neue Wissensgesellschaft	111
Die Zukunft als Raum der Freiheit	111
Die digitale Revolution	113
Schule und Lernen in der Wissensgesellschaft	114
Bildungspolitischen Dogmatismus beenden, neue Ideen fördern	120
Kein Kind ohne Mahlzeit, jedem Kind ein Instrument	121
Humboldts Universität ist tot	124
Die große Hochschulreform	127
Der Fortschrittsgeist muss weiterleben.	133
6. Die Wiederbelebung der Volksparteien	137
Wie alles begann	137
1945: der Neuanfang.	139
Die sozialliberale Koalition	145

Neue Parteienformationen.	148
Auf der Suche nach der Zukunft der Volksparteien	149
Europa und die deutsche Einheit.	153
Generationenwechsel.	155
Merkels langer Weg.	158
Merkels pragmatische Politik.	165
SPD und Union: inhaltliche Reformen	167
Die ökosoziale Marktwirtschaft in der CDU.	171
Vertrauen – neu erwerben	174
 7. Die europäische Herausforderung	179
Europa – auferstanden aus Ruinen	179
Europa – ein Staatswesen.	181
Für Deutschland: vier Lehren aus der Geschichte	186
Der große Diamant: unser Wertefundament	192
Europa besteht nur mit Einigkeit	195
Reformen für Europa: fünf Vorschläge.	203
Visionäre Führung und Empathie	221
 Nachgedanke	225
 Anmerkungen	227
 Über den Autor	253

Vorwort

„Daß dein Leben Gestalt, dein Gedanke Leben gewinne,
laß die belebende Kraft stets auch die bildende sein.“
(Friedrich Schiller)

Wenn ich in den vergangenen Jahren über unsere Zukunft nachdachte, fiel mir immer wieder auf, wie häufig der Begriff „Transformation“ genutzt wurde. Ob die Pandemie und ihre Folgen, der Krieg gegen die Ukraine, Trumps Überfall auf den Washingtoner Kongress, die Zeitenwenden oder die schlechten Wahlergebnisse der demokratischen Parteien: „Transformation“ – alle großen Veränderungen wurden so markiert. Aber es ist ja auch wahr: Wir leben in schwierigen Zeiten großer Umwälzungen. Einige seien genannt:

Noch immer arbeitet in und an uns das *Ende des Kalten Krieges*, wie wir ihn bis 1989 kannten. Das ist schon mehr als 30 Jahre her, und wir erinnern uns, wie glücklich die Menschen nach Mauerfall und Wiedervereinigung waren. Heute wissen wir, dass nach friedlichen Revolutionen häufig ein „postrevolutionärer Folgekonflikt“¹ entsteht – so geschah es auch hier.

Auch Putins unverantwortlicher *Krieg gegen die Ukraine* hat Transformation zur Folge. Er will die alte Sowjetunion wiederbeleben; die alten russischen Teilstaaten sollen dem Kreml neue Macht geben. Die westlichen Demokratien wehren sich, um ihren Frieden, ihre Freiheit, ihren Wohlstand zu verteidigen.

Aus diesen und auch aus anderen Gründen sind *neue Strukturen im Westen* erforderlich, ob es nun um neue Technologien, um

militärische Wehrhaftigkeit, um gesellschaftlichen Fortschritt, neue Erfindungen oder Zukunftsfragen geht oder um die Neuformierung supranationaler Zusammenarbeit. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger begrüßen solche fundamentalen Änderungen. Sie wollen das Gewohnte nicht aufgeben, und für nicht wenige geht es auch darum, ihre persönliche Macht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verteidigen. Dann greifen sie zu Mitteln illiberaler Demokratien.

Aber: Große Veränderungen ermöglichen oder erfordern immer auch Chancen, einen Neuanfang, dessen Ordnung sich oft erst noch herausbilden muss.

Ungeordnet ist beispielsweise noch die *Globalisierung unserer Lebenszusammenhänge*. Die Weltwirtschaft befindet sich in stürmischer Transformation, es geht um „Marktwirtschaft statt Staatswirtschaft“, und wir wissen noch nicht, wie weit sich das im weltweiten Konsens regeln lässt.

Ganz offen ist auch die Frage, was die wachsenden *Möglichkeiten künstlicher Intelligenz* mit uns machen. Wir sagen: Diese Verfahren dürfen den Menschen nicht ersetzen, was offline gilt, muss auch online gelten. Aber werden wir das durchsetzen können?

Forschung und Entwicklung führen zu immer neuem Wissen. Wissen ist nicht alles; die Verabsolutierung des Wissens ist eine moderne Selbstträuschung. Nützlich für eine humane Gesellschaft wird es nur, wenn es von (auch innerer) Bildung begleitet wird. Die Wissensgesellschaft setzt also Bildung voraus; Bildung ist damit die heute wichtigste soziale Frage – werden wir hier in der Breite der (Einwanderungs-)Gesellschaft erfolgreich sein?

Die Wissensgesellschaft muss deshalb durch eine *neue Bildungspolitik* exzellente Bedingungen für die schulische Erstausbildung schaffen. Die Ausbildung junger Menschen im Betrieb und den berufsbildenden Schulen in der Bundesrepublik ist – noch – europaweit und international vorbildlich, aber wir müssen daran arbeiten, die Ressourcen verbreitern, und es muss alles dafür getan werden, dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss erwirbt.

Wir spüren auch einen *Umbruch der Volksparteien*. Volksparteien alter Prägung haben ihre alten Aufgaben verloren, die neuen Aufgaben aber nicht verstanden. Weil sie geglaubt haben, sie könnten mit einer „asymmetrischen Demobilisierung“ die Wahlen gewinnen, haben sie in großem Umfang ihre Mitglieder verloren, keine neuen Mitglieder gewonnen und keine neuen Inhalte erarbeitet. Nur wenn sie einen Neuanfang beginnen, haben sie eine Chance für ihre Zukunft.²

Und schließlich: Die *Modernisierung der Europäischen Union*. Den so attraktiven „European Way of Life“, der unser europäisches Leben prägt, gilt es zu verteidigen durch eine fortwährende Stärkung der Europäischen Union. Die Grundlage dieser Gemeinsamkeit war und ist die deutsch-französische Freundschaft, wie sie im Élysée-Vertrag und dem Vertrag von Aachen beschworen wurde. Frankreich und Deutschland tragen eine besondere Verantwortung für den europäischen Einigungsprozess. Sie sind der Kern der Europäischen Union, deren wichtigste Aufgabe es sein muss, eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu organisieren, in transatlantischer Kooperation mit den USA. Es gilt unverändert, was der französische Europapolitiker Jean Monnet schon am 5. August 1943 erklärte: „Es wird keinen Frieden in Europa geben, wenn der Wiederaufbau der Staaten auf der nationalen Souveränität beruht [...] Die Länder Europas sind zu klein, um ihren Völkern den Wohlstand und die soziale Entwicklung zu sichern, die erforderlich sind. Die europäischen Staaten müssen eine Föderation bilden.“³

Dabei gilt: „Man kann europäischer Deutscher sein und gleichzeitig ein deutscher Europäer.“ Mit diesem Satz illustrierte Helmut Kohl immer wieder den Gedanken, dass ein deutsches Vaterland und eine europäische Identität sich nicht ausschließen, sondern ergänzen. Nation, Staat und Europa sind im 21. Jahrhundert nur noch als Demokratie denkbar. Nicht der Nationalstaat, also die Identität von Staat und Nation, ist das Modell der Zukunft. Vielmehr ist es die Demokratie in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa

Vorwort

und seinen Mitgliedstaaten, die das Überleben der Nationen – auch Deutschlands – sichert.

Vor diesem Hintergrund muss jedes Land Europas und der EU entscheiden, ob es seine Zukunft im Vereinten Europa gestalten will.

Jürgen Rüttgers

1. Transformationen – ein Überblick

„Demokratische Ordnungen sind nicht in Stein gemeißelt. Sie sind Fragen nach Sinn und Leistungsfähigkeit ausgesetzt. Demokratie heißt Wettbewerb um Ideen, Programme und Ziele. Deshalb wählen wir. Deutschland und Europa müssen mehr Demokratie wagen, um das Versprechen von Freiheit und Gerechtigkeit zu erfüllen. Und das Erreichte darf nicht zwischen den Fingern zerrinnen. Deutschland und Europa haben viel zu verlieren.“

(Jürgen Rüttgers)¹

Bedrohte Freiheit

Als der „Kalte Krieg“ des letzten Jahrhunderts mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems endete, war Deutschland 50 Jahre geteilt. Damals, 1989/1990, hatten sich die Menschen in Osteuropa ihre Freiheit errungen. In Polen streikte die Gewerkschaft Solidarność für Freiheit und Gerechtigkeit, ihre Mitglieder kämpften im Untergrund gegen die kommunistische Diktatur und waren darin erfolgreich. Auch die ungarische Regierung öffnete den „Eisernen Vorhang“. In der Tschechoslowakei stellte sich der Schriftsteller und Dissident Václav Havel an die Spitze der demokratischen Bewegung. Die Letten, Esten und Litauer zeigten ihren Freiheits-

willen in einer großen Menschenkette, an der sich mehr als eine Million Menschen beteiligten.

In Ostdeutschland trugen die Menschen Kerzen durch ihre Städte. Die kommunistische DDR-Regierung wurde gleichsam durch ein Straßenplebisit abgewählt, sie war nicht mehr in der Lage, den Eisernen Vorhang und die Berliner Mauer, die Deutschland teilten, mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Dies war „vielleicht [...] die einzige erfolgreiche Volkserhebung der deutschen Geschichte“, schreibt Tony Judt.²

Die Idee der Freiheit hatte gesiegt. Diktaturen wandelten sich zu Demokratien, die auf den westlichen Grundwerten fußten und als Rechtsstaaten mit Gewaltenteilung sowie einer unabhängigen Verfassungsgerichtsbarkeit Mitglied der Europäischen Union und der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft werden konnten. Dass diese große europäische Freiheitsrevolution mit dem Resultat der deutschen Wiedervereinigung friedlich stattfand und auch noch die Zustimmung aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der alliierten Siegermächte gewann – das ist das eigentlich Wunderbare.

Aber das Glücksgefühl jener Jahre ist geschwunden. Heute haben viele Menschen Angst vor der Zukunft. Sie erleben, wie sich die alte Weltordnung auflöst und das hergebrachte Gleichgewicht der Mächte schwindet. Und keiner weiß, wie die neue Ordnung der Welt sortiert sein wird.

So wie Jürgen Osterhammel für den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg festgestellt hat: „Gekämpft wurde nicht für eine Verfassung, sondern um Spielräume unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle *innerhalb* einer bestehenden Verfassung“³, so kennt auch die postkommunistische Gegenwart im demokratischen Teil Europas solche Debatten: „Der Westen hatte im Gefühl des Sieges über die sozialistischen Staaten geglaubt, weitermachen zu können wie gewohnt. Dabei verdrängte er, dass das neue, wiedervereinigte Europa ein neues Regulierungsparadigma brauchte, um die ‚kulturelle Krise des Hyperindividualismus‘ zu überwinden.“⁴

Man war in der Europäischen Union nach 1989 eben nicht an einem gemeinsamen Freiheitsverständnis angekommen. Aber: Statt eine gemeinsame Zukunft im vereinten Europa aufzubauen, differieren bis heute die Interpretationen dieser notwendigen Gemeinsamkeit erheblich: In Polen, Ungarn, Italien oder Frankreich finden nationalistische, abgrenzende Ideologien neue Anhänger. Das führt zur Stärkung populistischer Parteien, die auf der Basis eines neuen Nationalismus eine regelbasierte, multilaterale und föderalistische Politik ablehnen.

Hinzu kommt der durch den russischen Präsidenten Putin gegen die Ukraine begonnene grausame Krieg, der die westlichen Demokratien, die USA sowie Europa und Deutschland vor neue Herausforderungen stellt. Sie müssen sich nun nicht nur um intensivere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit bemühen, sondern ernsthaft auch an militärischer Kooperation arbeiten, wenn das westliche Freiheitsmodell Bestand haben soll.

Insofern stellt Russlands Krieg tatsächlich eine Zeitenwende dar. Sieben Jahrzehnte lang schien es so, als seien Konflikte diplomatisch einzuhegen. Tatsächlich gelang das auch, wenngleich es bis 1989 ein kalter Friede war, fußend auf gegenseitiger militärischer Bedrohung für den Fall einer Aggression. Der Zusammenbruch des Kommunismus nach 1989 vermittelte uns das Gefühl, auf militärische Rüstung käme es nun nicht mehr an. Der Gang der Geschichte, so schien es, gab uns Anlass für eine pazifistische Konstruktion des politischen Europas – Hoffnungen, die nun zerstört sind. Mühsam – und mit viel Geld – müssen wir (beim Militär oder auch der Energiepolitik) nachholen, was in dieser Zeit der Friedensseligkeit verpasst wurde. Und wir erkennen, dass der alte Satz: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg“, der vor 1989 die Wirklichkeit bestimmte, auch jetzt wieder die Lage beschreibt. Das treibt die Menschen um.

Klimakrise, grenzenlos

Gewiss markiert auch der Klimawandel eine solche Wendezeit. Jeder weiß, dass auch sein Leben betroffen sein wird. Der Temperaturanstieg macht Teile der Erde unbewohnbarer, als sie es schon sind. Er zerstört arktische Lebensräume, er verändert die Biologie der Meere. Er sorgt für Migrationsbewegungen, die weitere soziale Verwerfungen zur Folge haben werden, wenn sie nicht in weltweiter Anstrengung gesteuert werden können.

Der Versuch, den Klimaanstieg zu begrenzen, verändert zudem die energiepolitische Landschaft. Energieerzeugung mit klimaschädlichen Gasemissionen ist unerwünscht. Die Industriegesellschaft kann daher nur überleben, wenn sie sich auf knappere Energie einstellt und hier neue Wege geht. Aber es wird ihr schwer gemacht, diese neuen Pfade zu definieren. Zwar wird Kohle, Öl und Gas jede Zukunft abgesprochen, zugleich aber schaltet die Bundesregierung CO₂-freie Kernkraft ab und subventioniert fossile klimaschädliche Energieträger weiterhin.

Gleichzeitig kommen die propagierten erneuerbaren Energien nur langsam voran – seinen „Doppelwumms“ hatte sich der Bundeskanzler wohl anders vorgestellt. Der verunsicherte Bürger greift derweil wieder zum Brennholz und wirft die Kachelöfen an. Das Ergebnis: 2022 ist in deutschen Wäldern so viel Holz zur Energiegewinnung geschlagen worden wie seit der Wiedervereinigung nicht: Die Menge stieg von 11,8 auf 13,8 Millionen Kubikmeter, das ist ein Plus von 17 Prozent.⁵

Zugleich laufen wir auf einen dramatischen Energiewandel zu. Marc Elsbergs Roman „Blackout“⁶ ist deshalb zum Bestseller geworden, weil das Horrorszenario, das er darin entwirft, in den Bereich des Realistischen gerückt ist, gelebte Angst. Tatsächlich können sich diese Blackouts künftig häufig ereignen. Es ist zu wenig Strom im Netz, Blackouts können eintreten, wenn die Versorgung über einen langen Zeitraum auszufallen droht. Beim

Thriller „Blackout“ war dieser bewusst herbeigeführt – aus politischen Gründen.

In der Hauptschaltleitung Brauweiler geschah dies aber am 12. Juni 2019 tatsächlich – aus ungeklärten Gründen. Fachleute nennen einen solchen Großausfall „Brownout“. Damals gelang es einem jungen 27-jährigen Ingenieur, überall Strom zu kaufen, ohne Plan, ohne Erlaubnis, für viel Geld. Er rettete die Situation.

Das Dramatische aber ist: Der Energiemangel, auf den wir zu laufen, ist nicht etwa technisch schicksalhaft über uns gekommen. Vielmehr hat Deutschland die Versorgungssicherheit von Wohnungen, von Industrie, von Mittelstands- und Handwerksbetrieben, von Rechenanlagen, von Unternehmen der Lebensmittelproduktion aus politischen und ideologischen Gründen mit jeweils bewussten Entscheidungen aufgegeben. Fatal war die Konzentration auf Gaslieferungen aus Russland, auf Windräder und Photovoltaikanlagen, die nur phasenweise Strom liefern und schon einmal wegen einer Gewitterfront ausfallen. Unsere Energienot ist eine Kette politischer Fehlentscheidungen.

Die Zeitenwende hat sich angekündigt

Den Begriff der „Zeitenwende“ hat die Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP im Jahr 2022 populär gemacht. Kanzler Scholz fasste mit diesem Begriff, geboren aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch all die Veränderungen zusammen, die sich bereits in den letzten drei Jahrzehnten auftaten. Denn schon zur Jahrhundertwende war klar, welche Umbrüche und Herausforderungen bevorstehen:

- Immer mehr Menschen suchen Antworten auf die neuen Herausforderungen im Rückzug auf Bekanntes und Überschaubares. Das Erstarken fundamentalistischer Strömungen

hat hier seine Ursachen. Nicht ohne Grund stößt Samuel Huntingtons These vom Zusammenprall der Kulturen auf so große Resonanz.

- Auch die Chancen der internationalen Information und Kommunikation, die faszinierende Entwicklung des Internets, werden überlagert von Gegenbewegungen und Gefährdungen. Clifford Stoll, der zu den Pionieren des Internets zählt, warnt heute vor der Gefahr der Entmenschlichung in einer Wüste von Datenmüll. Politischer Radikalismus, verschiedene Formen von Kriminalität und Pornografie haben in den Rechnernetzen eine neue Heimat gefunden. Auch eine neue gesellschaftliche Spaltung wird befürchtet: hier jene, die über Computerkompetenz verfügen, und dort solche, die als Computeranalphabeten ein neues Proletariat bilden: Ange- schlossene und Ausgeschlossene.
- Angekündigt hatte sich auch der fortwährende Konflikt zwischen Marktwirtschaft und Demokratie. Trotz der Auflösung des kriegerischen Gegensatzes von Kapitalismus und Kommunismus und der Entwicklung einer globalen Marktwirtschaft zeigt sich, dass Marktwirtschaft und Demokratie keineswegs natürliche Schwestern sind. Das eine (Marktwirtschaft) funktioniert ohne das andere (Demokratie) – das zeigt sich am deutlichsten am Beispiel asiatischer Länder, vor allem Chinas.
- Seit Längerem schon stellen wir fest, dass durch die Globalisierung die politischen Systeme der Nationalstaaten unter erheblichen Anpassungs- und Legitimationsdruck geraten sind. Nationale Regelungsräume verlieren an Einfluss. Es verwundert nicht, dass die faktische Entwertung der Nation zu emotionalen Gegenreaktionen führt – zu neuem Nationalismus.
- Auch die internationalen Finanzinstitutionen müssen – wir spüren es seit Langem – angepasst werden. Sie spiegeln die

Realität der Globalisierung nicht mehr wider. Extreme Auswüchse von Finanzmarktspekulationen und Wettbewerbsverzerrungen erfordern neue internationale Spielregeln. Seit der Asienkrise und den Entwicklungen in Russland wird über dieses Thema wieder verstärkt nachgedacht. Für manchen ist jedoch die Forderung nach neuen Instanzen zur Reglementierung einer Weltgemeinschaft ein willkommener Vorwand, sich die Mühe der Erarbeitung freiheitlicher Konzepte zu ersparen und so von unzureichenden Antworten im eigenen Land abzulenken.

- Und schließlich ist die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme eine weitere Unwölbartigkeit, die sich durch den verschärften Wettbewerbsdruck mit neuer Dringlichkeit stellt. Nationalstaatliche Systeme sind diesem besonders ausgesetzt. Wenn sich die Art, wie Menschen arbeiten, verändert, dann geraten Systeme, die durch Arbeit finanziert werden, in große Schwierigkeiten. Wer sie als reine Kostenfaktoren ansieht, wird zu Sozialabbau neigen. Wer aber erkannt hat, dass ihr Funktionieren Voraussetzung für positive Veränderungen ist, wird sie in modifizierter Form zu retten versuchen.

Die deutsche Einheit

Zu den glücklichen Momenten der deutschen Geschichte gehört, dass Deutschland 1990 die Wiedervereinigung letztlich mit Zustimmung unserer europäischen Partner friedlich vollziehen konnte. Aber historische Wendungen sind oft das Ergebnis politischer Entscheidungen, die lange zurückliegen. So wäre ohne die Politik Konrad Adenauers, des ersten Kanzlers der Bundesrepublik, die deutsche Einheit nicht möglich geworden. Er verankerte Deutschland fest im Westen und damit in der neuen Demokratie Europas. Sein festes Ziel war eine Wiedervereinigung

in Frieden und Freiheit, darauf waren seine politischen Entscheidungen gerichtet.

Helmut Kohl konnte in den Jahren des Mauerfalls und der Wiedervereinigung davon Gebrauch machen. Arnulf Baring lobt im Rückblick, „wie schnell 1989/90 Bundeskanzler Helmut Kohl die unerwartete Chance begriff, die sich uns bot. Er hat sie sofort beherzt und zugleich vorsichtig genutzt. Die Sozialdemokraten hingegen ließen eine große geschichtliche Chance vorübergehen, auf die sie doch mit der neuen Ostpolitik Willy Brandts nach 1969 ursprünglich selbst hingearbeitet hatten. Wie schon in der Gründungsphase der alten Bundesrepublik verkannten sie wieder die Zeichen der Zeit.“⁷

Frank Becker betont einen anderen Aspekt, der den Bürgern Wendemut und europäische Gesinnung abverlangt: „Damit schuf der Kanzler politische Fakten, die unmissverständlich klarmachten, dass Deutschland keine Hegemonie in Europa anstrebte, sondern in Europa aufgehen wollte – in einem Europa, das möglichst allen Staaten jene Freiheitsrechte gewährte, von denen die Deutschen 1989/1990 profitierten. Kohl war also ein ‚Kanzler der Einheit‘, sogar in einem doppelten Sinn. Er setzte sich für die Einheit Europas ebenso ein wie für die Einheit Deutschlands.“⁸

Viele Menschen fühlen sich angesichts dieser fundamentalen Veränderungen überfordert. Sie suchen nach Sicherheit und fordern die Rückkehr nationalstaatlicher Grenzen. Aber welchen Weg wir auch immer gehen: Von der Faszination „des normativen Projekts des Westens, der Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Herrschaft des Rechts, der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie“⁹ dürfen wir nicht ablassen. Das ist die Verpflichtung, die aus den Veränderungen des Jahres 1989 für uns erwächst.